



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

17. Oktober 2017

Bundestagswahl & Hamburg +++ Verteilung der Löhne & Einkommen +++ G2-Sonderausschuss: Schanzen-Beirat +++

Liebe Leserinnen und Leser,



Auf der Demo gegen G20 am 2. Juli 2017 (M. Joho)

die Bundestagswahl ist gelaufen. Und bevor wir die Tristesse der Rechtsentwicklung und das Anwachsen der AfD beklagen, freuen wir uns auch über 9,2% der WählerInnenstimmen und einen absoluten Stimmenzuwachs auf 4,3 Millionen Wählerinnen und Wähler. In Hamburg haben wir das Ergebnis sogar noch mit 12,2% der Zweitstimmen getoppt! Wir sagen daher auch von dieser Stelle aus zunächst einmal allen FreundInnen und WählerInnen der LINKEN ganz herzlichen Dank. Und wir gratulieren den 37 Frauen und 32 Männern, die für DIE LINKE in den Bundestag einziehen, darunter mit Zaklin Nastic und Fabio de Masi erstmals zwei Abgeordnete aus Hamburg. Wer die Gesichter (und in wenigen Tagen auch die Biografien, Kontaktdaten und zukünftigen Aufgaben) dieser 69 ParlamentarierInnen kennenlernen möchte, schaut hier: www.linksfraktion.de/fraktion/die-neue-fraktion/a-bis-e/. Mehr zur Auswertung der Wahl in diesem BürgerInnenbrief von Joachim Bischoff.

Ansonsten erscheinen wir mit dieser Ausgabe mitten in den Herbst-Schulferien, die zugleich mit zwei Wochen ohne Bürgerschaftssitzungen einhergehen. In den letzten beiden Monaten dieses Jahres werden wir seitens der Linksfrak-

tion neben allerlei Anträgen und noch mehr Kleinen und Großen Anfragen den Fokus auf das immer steilere Gefälle zwischen Arm und Reich richten. Die im letzten BürgerInnenbrief vorgestellte umfangreiche Broschüre »Soziale Ungleichheit im Wohlstand« lohnt ganz sicher noch ein intensiveres Studium (http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2017/09/Soziale_Spaltung_Hamburg_Netz.pdf, gedruckt bei der Fraktion erhältlich).

Nach den politischen Großausschlägen – vom G20 bis zur Bundestagswahl – gehen wir davon aus, in den kommenden Wochen den (etwas) kleineren, alltäglicheren Problemen wieder mehr Platz einzuräumen, gerade auch im BürgerInnenbrief. So steht im nächsten Monat der neue, Schlimmes versprechende »Mietenspiegel 2017« auf der Agenda, das absehbar unzureichende Winternotprogramm läuft an, zum Jahreswechsel werden wir mit den schon »traditionellen« Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV konfrontiert usw. Also, allerhand zu tun, in der Bürgerschaft, aber auch außerparlamentarisch, wenn wir wenigstens die ärgsten Zuspitzungen verhindern oder jedenfalls nicht unwidersprochen lassen wollen.

Beste Grüße von den Herausgeberinnen und der Redaktion

»Hamburger wissen, was sie an der SPD haben«

Joachim Bischoff zu den Ergebnissen der Bundestagswahl



Versprochen? Im Willy-Brandt-Haus Berlin, 19.6.2017 (dpa)

Nach dem Rekordtief für die SozialdemokratInnen bei der Bundestagswahl fordert der Hamburger Bürgermeister und SPD-Vize Olaf Scholz eine strategische Neuausrichtung seiner Partei. Die SPD müsse die Zeit in der Opposition für eine Erneuerung nutzen. »Angesichts der Wahlergebnisse dürfen wir uns keine Fehler mehr erlauben, wenn wir bei der Bundestagswahl 2021 wieder konkurrenzfähig sein wollen«, sagte Scholz. »Anfang des Jahres lagen wir bei 30 Prozent, das muss unser Anspruch sein.«

Bei der Bundestagswahl 2017 haben die Regierungsparteien der großen Koalition auf **Bundesebene**, CDU/CSU und SPD, deutlich (-13,7%) verloren. Die SPD muss das schlechteste Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik verbuchen. Nach 2009 (23%) und 2013 (25,7%) erhielt sie jetzt nur noch 20,5% der Stimmen. Aber auch in **Hamburg** verloren die Parteien der großen Koalition signifikant: SPD und CDU erreichten mit 23,5% (SPD) bzw. 27,2% (CDU) historisch schlechte (Zweitstimmen-) Wahlergebnisse. Die hanseatische Sozialdemokratie verlor 8,9% und lag damit beim Verlust an WählerInnenstimmen noch über dem Durchschnitt der Partei auf Bundesebene. Das war auch in Hamburg die schwächste WählerInnenzustimmung in der Nachkriegszeit und führt dazu, dass die CDU trotz Verlusten nunmehr bei der Bundestagswahl in Hamburg zur stärksten Partei geworden ist. Zwar kann die SPD traditionell bei Bundestagswahlen in Hamburg höhere Stimmergebnisse als im Bundesgebiet erzielen, aber der Erdrutsch bei dieser Wahl hat dazu geführt, dass der Vorsprung vor dem Bundesergebnis nur noch 3,0% beträgt. 2013 waren das noch 6,7%. Die drastischen Verluste der hanseatischen Sozialdemokratie bei Bundestagswahlen zeigt auch der Vergleich der Stimmergebnisse in den letzten 15 Jahren. Stimmten 2002 noch 404.738 (42,0%) Hamburger BürgerInnen für die SPD, gaben ihr 2017 nur noch 229.935 (23,5%) ihre Stimme – fast eine Halbierung (Tabelle 1).

Aber auch die CDU kann aus dem Umstand, dass sie bei der Bundestagswahl in Hamburg bezogen auf die Zweitstimmen stärkste Partei geworden ist, keine politische Bestätigung ihrer gegenüber der Ära Ole von Beust deutlich rechtskonservativen Ausrichtung ableiten. Denn sie verliert zwar im Vergleich zu 2013 weniger Stimmen als die Bundespartei, erreicht damit gleichwohl den schlechtesten Zustimmungswert seit 1949. Die Hamburger CDU hat sich weit von dem früheren Kurs zu einer modernen, liberal-konservativen Großstadtpartei – wie früher von Bürgermeister Ole von Beust verkörpert – weit entfernt. Sie nimmt mit ihren rechtskonservativen Positionen einen Wettbewerb mit der rechtspopulistischen AfD in der Hansestadt auf.

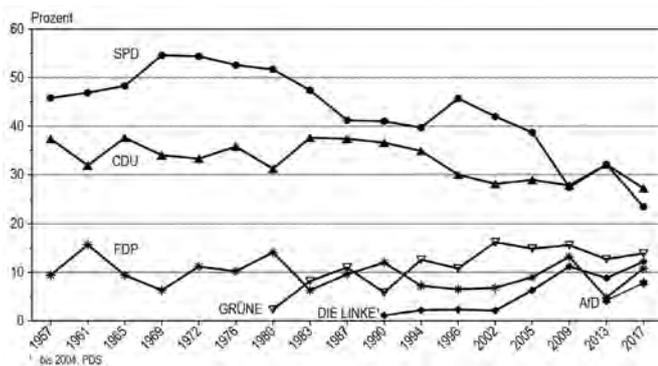
Gewinner der Bundestagswahl in Hamburg waren die kleinen Parteien (Abbildung 1). DIE LINKE und die GRÜNEN konnten in der Hansestadt mit einem Plus von 3,4% bzw. 1,2% deutlich stärker abschneiden als ihre jeweilige Bundespartei. DIE LINKE in Hamburg übertrifft mit 12,2% das Bundesergebnis um 3,0%, die GRÜNEN schneiden mit einem Stimmenanteil von 13,9% gar um 5,0% besser ab. Der Stimmenanteil der FDP in Hamburg von 10,8% entspricht fast dem Bundesergebnis.

Die AfD konnte dagegen in Hamburg erfreulicherweise nicht so deutlich zulegen wie auf Bundesebene. Sie erzielte ein Ergebnis von 7,8% und liegt um 4,8% unter dem Bundesergebnis. Das war der geringste Stimmenanteil im Bundesvergleich. In Sachsen hingegen wurde die AfD mit 27,0% stärkste Partei, noch vor der CDU mit 26,9%.

In der Hamburger Bürgerschaft stützen sich Sozialdemokraten und GRÜNE noch auf eine breite Mehrheit – aber in den wichtigen Fragen der nationalen Politik haben sich jetzt 46% für CDU, FDP und AfD entschieden, drei Parteien, die deutlich rechts vom Hamburger Regierungsbündnis stehen. Von dem bundesweiten Niedergang der Sozialdemokratie

Tabelle 1: Bundestagswahl 2017 in Hamburg – Zweitstimmen – Vorläufiges Ergebnis

	Anzahl	%	Differenz zu 2013 in %-Pkt.	Anzahl	%	Differenz zu 2013 in Stimmen
Wahlberechtigte	1.296.624	-	-	1.281.918	-	
Wähler	984.382	75,9	-	901.213	70,3	83.169
darunter: Briefwähler	364.066	28,1		274.910	21,4	89.156
Ungültige	7.112	0,7	-0,3	10.384	1,2	-3.272
Gültige	977.270	100	0,3	890.829	100	86.441
SPD	229.995	23,5	-5,2	288.902	32,4	-58.907
CDU	266.292	27,2	-7,4	285.927	32,1	-19.635
GRÜNE	136.139	13,9	0,5	112.826	12,7	23.313
DIE LINKE	118.925	12,2	0,6	78.296	8,8	40.629
FDP	105.327	10,8	6,0	42.869	4,8	62.458
AfD	76.377	7,8	7,9	37.142	5,2	39.235
Sonstige	51.327	4,6	-0,4	44.867	5,0	6.460

Abbildung 1: Ergebnisse der Bundestagswahl in Hamburg seit 1957

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Analyse der Bundestagswahl am 24. September 2017 in Hamburg. Vorläufige Ergebnisse. Hamburg, September 2017, S. 4.

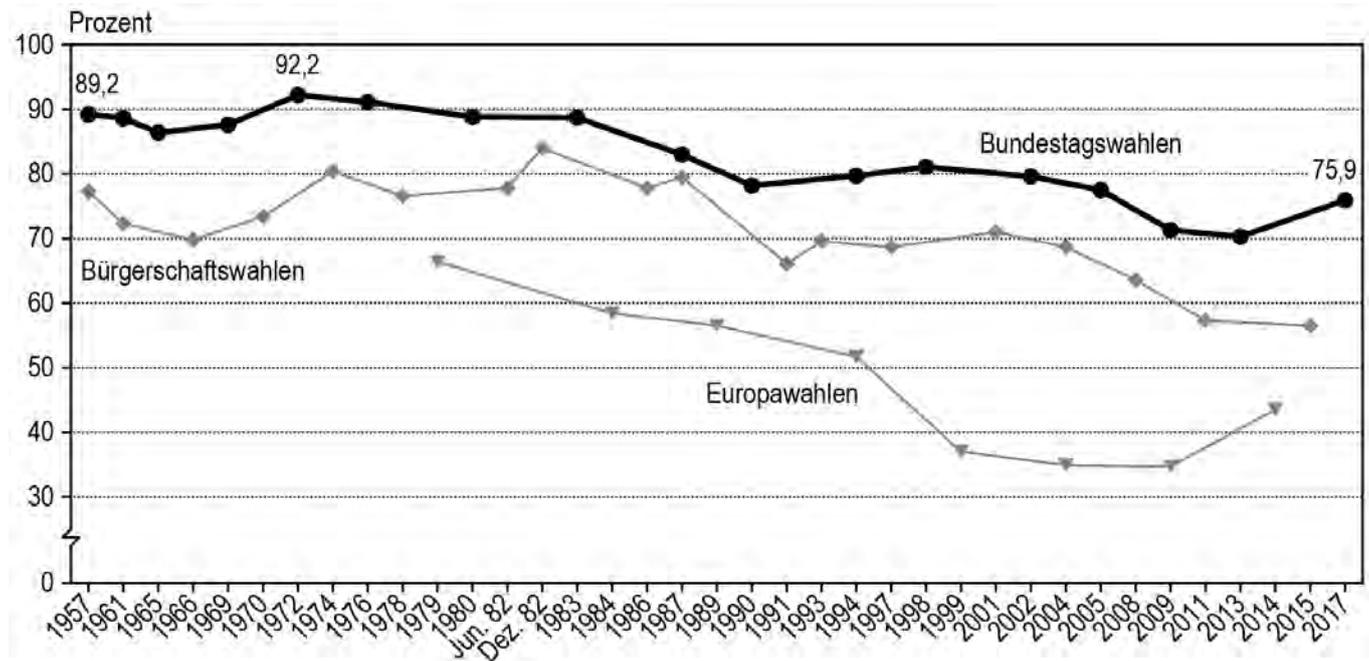
wird auch die Hamburger SPD nicht unberührt bleiben. König Olaf, der die Landespartei und die Bürgerschaftsfraktion »strikt führt«, lässt erwartungsgemäß keine Selbstkritik aufkommen. »Die SPD hat fünf der sechs Direktmandate in Hamburg geholt, das ist eine sehr gute Leistung.« Seine Schlussfolgerung: Weil die WählerInnen mit der Arbeit der Hamburger SPD-PolitikerInnen in Berlin und mit der SPD-Politik in Hamburg zufrieden seien, bleibe Hamburg eindeutig eine stabile Hochburg der Sozialdemokraten.

Scholz unterstreicht: »Die SPD hat insgesamt ein schlechtes Ergebnis erzielt und das hat sich auch in Hamburg niedergeschlagen. Viele Hamburger haben sich entschieden, ihre beiden Kreuze unterschiedlich zu verteilen. Der SPD gaben sie die Erststimme. Dabei spielte sicher eine Rolle, dass die Hamburger Bundestagsabgeordneten der SPD traditionell direkt über ihre Wahlkreise gewählt werden.«

Obwohl die SPDlerInnen auch in der Elbmetropole ein historisches Wahldebakel erlebten, schiebt Hamburgs Bürgermeister die politische Verantwortung an die Bundespartei weiter. Statt Selbstkritik gibt's vom SPD-Bundesvize mahnende Worte in Richtung seiner GenossInnen. Die SozialdemokratInnen müssten die Zeit in der Opposition für eine Erneuerung, eine Neuausrichtung nutzen. »Angesichts der Wahlergebnisse dürfen wir uns keine Fehler mehr erlauben, wenn wir bei der Bundestagswahl 2021 wieder konkurrenzfähig sein wollen.«

Doch die angesprochenen »Fehler« hat auch Scholz mit zu verantworten – vor, während und nach dem G20-Gipfel. Vorschnelle Sicherheitsgarantien und ein desolates Krisenmanagement im Umgang mit den Krawallen haben ihn und seine SPD einige Stimmen gekostet. Ob nach der gescheiterten Olympia-Bewerbung, der Preisexplosion auf dem Mietwohnungsmarkt und dem Finanzfiasco bei der HSH-Nordbank sich weiterhin die frühere Wahlkampfformel vom »ordentlichen Regieren« als zug- und entscheidungsträchtig erweist, soll hier doch bezweifelt werden. Hamburg hat zunehmende wirtschaftliche Strukturprobleme, und der Anstieg der Bevölkerung wird vom Wohnungsmarkt bis zum öffentlichen Personennahverkehr und der sonstigen sozialen Infrastruktur immer weniger bewältigt. Die Hamburger SPD favorisierte in der jüngeren bundesdeutschen Geschichte nicht gerade den linken Flügel der Partei, sondern war – wie das System Johannes Kahrs aus Mitte verdeutlicht – immer ein Unterstützungsfaktor der rechten SPD (Seeheimer Kreis). Das ist auch das Profil von Scholz. Die anstehende programmatische Erneuerung der SPD nach links könnte der Landesorganisation noch reichlich Probleme bescheren. Aber für Kritik hat der Bürgermeister kein Ohr: »Ich mache bei Begegnungen und Gesprächen die Erfahrung, dass die Arbeit des Senats in der Stadt viel Zustimmung findet. Wir schaffen jährlich mehr neue Sozialwohnungen als alle westdeutschen Flächenländer

Abb. 2: Wahlbeteiligung bei Bundestags-, Bürgerschafts- und Europawahlen in Hamburg seit 1957



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Analyse der Bundestagswahl am 24. September 2017 in Hamburg. Vorläufige Ergebnisse. Hamburg, September 2017, S. 6.

zusammenggezählt. Wir haben die Kita-Beitragsfreiheit eingeführt, und in Hamburg sind nahezu alle Schulen Ganztagschulen. Das ist etwas ganz Besonderes. Hamburg hat ein robustes Wirtschaftswachstum, und bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen gelten wir bundesweit als vorbildlich.«

Dass der Bürgermeister und die Hamburger Sozialdemokratie reichlich Grund haben, die soziale Spaltung der Stadt ernstzunehmen, zeigt sich erneut bei einem Blick auf die Wahlbeteiligung. Insgesamt ist die Wahlbeteiligung auf Bundesebene wie in Hamburg erfreulicherweise deutlich gestiegen. So nahmen an der Bundestagswahl 2017 in Hamburg 75,9% der Wahlberechtigten teil, das sind 5,6% mehr als 2013. Hamburg folgte damit dem Bundestrend bzw. lag sogar leicht darüber. Die Wahlbeteiligung in Deutschland insgesamt ist zwar nur um 4,6% gestiegen, liegt mit 76,2% aber immer noch geringfügig über der in Hamburg (Abbildung 2).

Allerdings zeigt schon ein oberflächlicher Blick auf die Bezirke, dass die Wahlbeteiligung im Stadtgebiet ganz unterschiedlich ausgeprägt ist. Gingen etwa im Bezirk Eimsbüttel 81,1% der berechtigten BürgerInnen zur Wahl, waren es im Bezirk Mitte nur 67,4%.

Auf der Ebene der Bezirke zeigt sich zudem, dass die SPD mit allerdings bescheidenen 25,5% nur noch im Bezirk Mitte eine relative Mehrheit bei den Zweitstimmen hat. In allen anderen Bezirken hat die CDU, wenn auch mit Verlusten, die Nase vorn (Tabelle 2). Die SPD verliert zudem in allen Stadtteilen, in 29 Stadtteilen sogar zweistellig. Auch die CDU speckt – bis auf Hammerbrook und Sternschanze – in allen Stadtteilen ab, in 13 Stadtteilen sogar zweistellig.

Vergleicht man die Stadtteile, zeigen sich also deutliche Unterschiede: In den links dominierten Vierteln verdienen die BürgerInnen schlechter, es gibt tendenziell mehr Arbeitslose und mehr MigrantInnen. In den konservativ wählenden Stadtteilen leben mehr Familien, mehr ältere BürgerInnen.

DIE LINKE kann in Mitte mit 16,2% und Altona mit 15,7% bemerkenswert hohe Zustimmungswerte erreichen. Sie gewinnt in fast allen Stadtteilen dazu, in vier Stadtteilen sogar zweistellig. In neun Stadtteilen ist DIE LINKE stärkste Partei mit Spitzenwerten von 42,0% in Grasbrook/Steinwerder, 34,9% in der Sternschanze und 33,8% in St. Pauli.

Entscheidender Faktor für diese unterschiedliche Beteiligung an der politischen Willensbildung ist vor allem die weit auseinanderlaufende ökonomisch-soziale Lage, die soziale Schere, in den Stadtteilen und Bezirken. »Hinter der zunehmenden Ungleichheit der Wahlbeteiligung verbirgt sich eine soziale Spaltung der Wählerschaft. Deutschland ist längst zu einer sozial gespaltenen Demokratie der oberen zwei Drittel unserer Gesellschaft geworden. Die Demokratie wird zu einer exklusiven Veranstaltung für Menschen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaft, während die sozial prekären Milieus deutlich unterrepräsentiert bleiben.«¹

Wer ein gutes Einkommen und oder Vermögen hat, geht zumeist zur Wahl, während diejenigen, die eine prekäre Arbeit mit geringen Einkommen haben oder auf sozialstaatliche

¹ Armin Schäfer, Robert Vehrkamp, Jérémie Felix Gagné: Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. <http://www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Studien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf>.

Tab. 2: Bundestagswahl 2017 in Hamburg – Bezirke/Zweitstimmen

	Wahlberechtigte	gültige Stimmen	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	Grüne	DIE LINKE	FDP	AfD
Mitte			67,4	25,5	22,0	12,6	16,2	7,9	9,3
	178.100	118.762		30.314	26.174	14.935	19.203	9.357	11.000
Altona			78,5	20,5	24,9	17,9	15,7	11,2	5,5
	185.942	145.076		29.670	36.149	25.958	22.779	16.261	8.034
Eimsbüttel			81,1	22,2	26,9	17,0	12,4	11,3	5,9
	192.399	155.141		34.498	41.784	26.413	19.302	17.491	9.120
Nord			78,5	22,1	27,2	16,2	12,0	12,0	6,0
	232.058	183.868		40.549	50.101	29.868	21.987	22.054	10.993
Wandsbek			76,9	25,0	30,9	10,6	8,9	11,8	8,9
	313.422	236.106		59.056	73.021	25.121	21.117	27.757	21.101
Bergedorf			73,6	25,5	29,5	9,8	10,4	9,0	11,5
	89.883	65.550		16.717	19.341	6.395	6.826	5.928	7.551
Harburg			70,1	26,4	27,1	10,3	10,6	8,9	11,8
	104.820	72.767		19.191	19.722	7.499	7.711	6.479	8.578
Hamburg			75,9	23,5	27,2	13,9	12,2	10,8	7,8
	1.296.624	977.270		229.995	266.292	136.189	118.925	105.327	76.377

Leistungen angewiesen sind, sich so wenig von der Wahl versprechen, dass sie auf die Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte verzichten. In den Altonaer Stadtteilen Nienstedten und Blankenese, wo Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigem von deutlich über 100.000 Euro erreicht werden und kaum Menschen leben, die auf Sozialleistungen angewiesen sind (Quote: 1,2%), liegt die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen bei 86 bis 90%. Dagegen nehmen im Mitte-Stadtteil Billstedt, wo das Durchschnittseinkommen nur rund 23.000 Euro beträgt und 26,4% der BürgerInnen auf Sozialleistungen angewiesen sind, nur 60% der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht auch wahr. Diese Tendenz zur sozialen Spaltung der Wählerschaft hat sich offensichtlich bei der Bundestagswahl nicht weiter verstärkt. Während die Wahlbeteiligung in den Quartieren der Besserverdienenden und Vermögenden leicht zunahm, ist sie in den Stadtteilen, in denen

viele Menschen mit prekären Lebensverhältnissen leben, z.T. sogar etwas stärker gestiegen.

Gleichwohl weisen immer noch jene Stadtteile eine vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung auf, in denen die Bevölkerung selten SGB II-Leistungen bezieht und/oder das durchschnittliche Einkommen hoch ist. Statusniedrige Wohngebiete mit relativ häufigem Hilfebezug und niedrigem Durchschnittseinkommen sind dagegen durch eine geringe Wahlbeteiligung gekennzeichnet. Bei hohem HilfeempfängerInnenanteil beträgt die Wahlbeteiligung 65,0%, bei niedriger Hilfequote dagegen 85,4%. In Stadtteilen mit hohem Durchschnittseinkommen gaben 86,1% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, gegenüber nur 66,1% in Gegenden mit geringem Einkommen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 gab es in den einkommensschwachen Stadtteilen mit 6,0% den höchsten Anstieg der Wahlbeteiligung. Ob damit die massive Tendenz zu einer sozial gespaltenen Demokratie ein wenig abgebremst wurde, und wem diese Erhöhung der Wahlbeteiligung in Hamburg zugute gekommen ist, bleibt weiter zu untersuchen (Tabelle 3).

Die charakteristische Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, Jobs mit niedrigem Einkommen sowie die Verfestigung von Armutsstrukturen drückt sich gerade in Hamburg in einer sozial-räumlichen Verteilung aus. Armut und Reichtum verteilen sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet, sondern finden sich mehr oder weniger konzentriert in Quartieren oder städtischen Regionen, die immer stärker gegeneinander abgeschottet sind. »Wir erleben eine räumliche Bevölkerungsverteilung, die unterschiedliche soziale Gruppen freiwillig oder gezwungenermaßen, je nach ihren Mitteln und Möglichkeiten, zusammenbringt. Diese Neuordnung des Raums nach

Eine ausführliche **Auswertung der Bundestagswahl** am 24. September 2017 hat Horst Kahrs im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfasst: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/WNB_BTW_2017.pdf. Vom Statistikamt Nord kommt eine **Analyse der Hamburger Ergebnisse**: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bundestagswahlen/2017/Wahlergebnisse/vorl%C3%A4ufig/most_important/Bundestagswahl2017_Inhalt_final.pdf.

Tabelle 3: Wahlbeteiligung und sozialer Status

	Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017 in %	Durchschnittliches Einkommen je Steuerpflichtigen in EUR (2010)	Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in %	Arbeitslosenanteil in % (Dez. 2015)	Anteil der Empfänger/-innen nach SGB II in % (Dez. 2015)	Anteil der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung in % (Dez. 2015)
Hamburg-Mitte	67,4	23.802	47,9	7,7	16,7	37,3
Horn	63,3	20.043	12,6	7,8	17,0	38,7
Billstedt	59,7	21.705	14,5	9,2	21,9	43,8
Wilhelmsburg	60,9	20.098	58,6	9,9	22,5	43,1
Altona	78,6	45.726	30,8	5,9	9,1	16,7
Altona-Altstadt	75,5	27.287	37,4	8,2	13,2	22,9
Lurup	64,6	24.990	45,3	8,1	16,9	34,7
wohlabend						
Othmarschen	87,6	104.692	4,5	2,4	2,0	3,7
Nienstedten	89,4	138.941	4,2	2,0	0,6	0,5
Blankenese	88,1	101.406	6,1	2,4	1,0	0,7
Eimsbüttel	81,1	40.046	26,1	4,3	6,0	12,0
Eidelstedt	72,7	27.988	34,3	6,0	10,7	24,0
Stellingen	76,2	30.114	31,1	5,2	7,9	15,6
wohlabend						
Rotherbaum	85,6	63.460	4,7	3,2	2,9	3,4
Harvestehude	85,4	88.273	4,2	3,6	2,9	2,7
Hamburg-Nord	79,9	38.676	25,5	4,6	6,7	13,5
Dulsberg	66,9	19.453	41,3	9,2	18,1	45,1
Wandsbek	75,9	36.917	28,4	5,2	9,0	19,3
Jenfeld	58,4	22.025	53,3	8,9	20,4	42,1
Steilshoop	62,8	21.593	48,4	10,5	23,8	49,1
wohlabend						
Wellingsbüttel	86,7	82.817	7,0	2,2	1,4	1,5
Wohldorf-Ohlstedt	89,5	86.614	5,7	2,2	1,4	2,2
Bergedorf	73,6	30.910	35,6	4,8	10,2	21,3
Neuallermöhe	64,3	26.777	64,0	6,4	18,9	34,7
Harburg	70,1	28.485	42,3	6,6	12,5	27,3
Harburg	64,0	19.246	58,1	8,2	18,0	40,5
Hausbruch	64,6	28.667	52,2	7,3	15,3	31,9
Hamburg	76,0	35.567	32,7	5,6	9,9	20,9

dem Prinzip des »Unter-sich-Bleibens« führt auch zu einer Umgestaltung der von ihnen zu bewältigenden Probleme, nicht nur auf dem Wohnungssektor, sondern auch beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Sozialleistungen, sie bestimmt ihre Fähigkeit, in mehr oder weniger gesicherten Verhältnissen zu leben, ihre beruflichen Chancen oder die Qualität der Schulbildung und die Zukunft der Kinder und so weiter.«²

Obwohl es Hamburg wirtschaftlich relativ gut geht, verfestigt sich die soziale Spaltung. So werden ältere Menschen, Arme und MigrantInnen durch steigende Mieten an den Stadtrand gedrängt – diese Dynamik entsteht durch die Auf-

wertung »kreativer Viertel«. Und wer in einem »Problemstadtteil« wohnt, hat oft allein deshalb Probleme.

Je wirtschaftlich schwächer und sozial prekärer die Milieustruktur in einem Stimmbezirk ist, desto geringer ist die Wahlbeteiligung, und desto geringer fiel auch der Anstieg der Wahlbeteiligung aus. In den wirtschaftlich stärkeren Milieus der Mittel- und Oberschicht ist die Wahlbeteiligung dagegen deutlich höher und auch stärker gestiegen. Das hat die soziale Spaltung bezüglich der Wahlbeteiligung weiter verschärft.

² Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg 2011.

SPD-Fraktionschef Andreas Dressel sieht den Zusammenhang des Umschlags von sozialer Spaltung in politische Apathie: »Die soziale Spaltung in puncto Wahlbeteiligung ist dramatisch.« Ein wichtige Aufgabe sei es deshalb, gerade in sozial schwächeren Stadtteilen wieder mehr Partizipation zu schaffen. Dass sozial Schwache weniger häufig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, beobachten GesellschaftsforscherInnen schon seit längerer Zeit. Nutznießer dieser Entwicklung sind die bürgerlichen Schichten und das politische Establishment. Dazu gehört auch die hartnäckige Ignoranz gegenüber der sich verfestigenden sozialen Spaltung in der Stadt. Im Ergebnis sind wir nicht nur mit einer Tendenz zur Zersplitterung der politischen Landschaft konfrontiert, sondern auch mit einer Abwendung von Teilen der Wählerschaft vom politischen System.

Scholz und Dressel wissen also um die Zusammenhänge: Viele BürgerInnen machten sich Sorgen um die eigene Zukunft und die ihrer Kinder. Wenn die Politik da nicht für soziale Sicherheit und bezahlbaren Wohnraum Sorge, trage sie eine Mitverantwortung für das Erstarken von Rechtspopulisten, so Scholz. Man müsse dafür Sorge tragen, dass es keine vergessenen Orte und Stadtteile gebe. »In Wahrheit haben wir gar keine Wahl. Wir sind eine boomende Metropole, und wir werden es auch bleiben. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen aus der Stadt verdrängt werden.« Politisch für die Ebene der Landespolitik werden daraus keine Schlussfolgerungen gezogen, es bleibt beim Weiter so.

Die Pest des wachsenden Reichtums der Wenigen breitet sich aus

Wie zur Bestätigung der von Joachim Bischoff vorgenommenen Bewertungen veröffentlichte das Statistikamt Hamburg am 11. Oktober die Ergebnisse der »Lohn- und Einkommenssteuerstatistik in Hamburg 2013«.

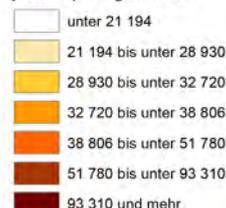
Angesichts der Zahlen und der farblichen Hervorhebungen von rot (geringes Einkommen unter 21.194 Euro) über gelb bis blau (über 93.310 Euro je Steuerpflichtigem) stellen wir doch einfach mal diese Frage: Was macht es mit einer Stadt, wenn in Blankenese im Durchschnitt mehr als fünfmal so viel Einkommen generiert wird wie in Billstedt (nämlich 117.139 zu 23.247 Euro)? Was sagt uns der Umstand, dass in Nienstedten alljährlich fast sechsmal so viel Geld pro Steuerpflichtigem zusammenkommt wie in Rothenburgsort (nämlich 120.716 zu 20.473 Euro)?

Überhaupt diese Mär vom **Durchschnittsverdienst**. Der betrug nach der bereits zitierten Mitteilung des Amtes im Jahre 2013 genau 39.054 Euro, also monatlich knapp 3.300 Euro. Tatsächlich, so meldete das »Hamburger Abendblatt« kürzlich (12.10.2017), »erreicht die Hälfte der knapp eine Million Steuerpflichtigen nur maximal 25.449 Euro«. Also verdienen 50% der hamburgischen Bevölkerung nicht einmal zwei Drittel der angeblichen **DurchschnittsverdienerInnen**. Der seit 2010 angeblich um 3.500 Euro gestiegene **Durchschnittsverdienst**, so das Abendblatt weiter, »dürfte demnach vor allem an den vielen Besserverdienern der Stadt liegen, Hamburg macht seinem Ruf als »Hauptstadt der Millionäre« nämlich wieder alle Ehre.« Ergo macht sich diese »ehrenwerte Gesellschaft« die Taschen immer voller, allen voran die 867 Einkommensmillionäre, die in der Elbmetropole jedes Jahr mindestens eine Million **dazu verdienen**, also etwa so viel, wie ein **durchschnittlicher** Rothenburgsorter sein ganzes Leben nicht bekommt, obwohl er es vielleicht zehnmal so viel **verdient** hätte.

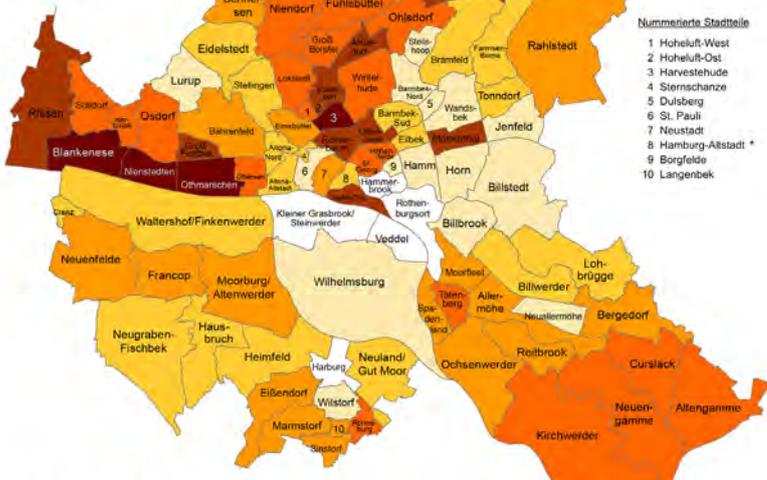
Die kompletten Stadtteildaten und auch die nebenstehende Karte finden sich unter: www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/presseinformationen/dokumentenansicht/lohn-und-einkommensteuerstatistik-in-hamburg-2013-59880/.

Durchschnittliche Einkünfte in den Hamburger Stadtteilen 2013

Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen in Euro



Durchschnitt: 39 054
Median: 25 449



* mit dem Stadtteil Neuwark

Quelle: Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2013

© Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Zu den in Sachen Hamburger Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik interessantesten, leider nur in großen Abständen erscheinenden Periodika gehört die Zeitschrift **FREIHAUS**, das **Info für gemeinschaftliches und selbstbestimmtes Wohnen**. Herausgegeben wird es einmal im Jahr von Stattbau Hamburg (Sternstraße 106, 20357 Hamburg, www.stattbau-hamburg.de). Das Einzelheft kostet 3,- Euro. Interessierte können es sich auch zuschicken lassen, dann sind der Bestellung per Post an die o.a. Anschrift 4,50 Euro in Briefmarken beizulegen. Im September ist die 22. FREIHAUS-Nummer herausgekommen. Im Mittelpunkt der 32seitigen Veröffentlichung stehen die hamburgischen Baugemeinschaften, es geht aber auch um den Erhalt der altherwürdigen Wohnstifte, die Wohnbedürfnisse muslimischer Haushalte, um die Bodenfrage und Obstbäume und nicht zuletzt den Wohnungsbau in Wien.



Eine aufschlussreiche Broschüre mit dem Titel **Muss Wohnen immer teurer werden?** hat vor einiger Zeit die Rosa-Luxemburg-Stiftung publiziert. Auseinandergommen werden **Mythen und Behauptungen über Wohnen, Miete, Kaufen**. Verfasser ist **Andrej Holm**. Die luxemburg argumente Nr. 15 finden sich unter www.rosalux.de/publikation/id/37487/muss-wohnen-immer-teurer-werden/.

Gleich **drei neue Publikationen** haben die VerkehrspolitikerInnen der LINKEN im September vorgelegt, schließlich gibt es vom »Dieselgipfel« bis zu Maut und Autobahnprivatisierungsbegierden allerlei zu kommentieren, von der **sozialökologischen Verkehrswende** einmal ganz abgesehen. Folgendes kann unter www.nachhaltig-links.de jetzt abgerufen werden: a) das Grundsatzpapier »Bahn für alle und alles« zur Entwicklung des Schienenverkehrs; b) die Broschüre »Radfahren für alle«, ein Beitrag zur Unterstützung des Fahrrads als alltägliches Massentransportmittel; c) die neu aufgelegte ÖPNV-Broschüre »Mobilität für alle. Forderungen für einen attraktiven öffentlichen Verkehr«.

Und schließlich noch ein Lesetipp für diejenigen, die an kontinuierlichen Informationen über DIE LINKE in der Bundesrepublik interessiert sind. Es gibt nämlich den **DISPUT**, die monatlich erscheinende **Mitgliederzeitschrift der Partei**. Die gut 30seitigen Hefte lassen sich aber auch ganz regulär abonnieren, zum Preis von 12,00 Euro im halben und für 21,60 Euro im ganzen Jahr. Etwaige Bestellungen sind an diese Postadresse zu richten: neues deutschland, Abo-Abteilung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Im Internet ist die aktuelle Ausgabe hier zu finden: www.die-linke.de/disput/archiv/2017/september-oktober-2017/.



DIE LINKE verschickt überdies regelmäßig auch einen **Newsletter** mit Neuigkeiten aus der Welt und Deutschland bis zur LINKEN im Allgemeinen und Besonderen und runter zu Stellenausschreibungen und Terminen. Er ist zu beziehen per E-Mail an newsletter@die-linke.de.



Eine höchst bemerkenswerte Website auf aktuellem Niveau unterhält der Fachbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik im Department für Raumplanung der Technischen Universität Wien. Dort ist nämlich eine Arbeitsgruppe damit beschäftigt, Daten über den temporären **(Ferien-) Wohnungsvermieter**

Airbnb in Wien zusammenzutragen. Eine der Schlussfolgerungen: »Dem Wohnungsmarkt werden durch Airbnb dauerhaft Wohnungen entzogen, besonders in Gebieten, in denen die Mieten und die Nachfrage nach Wohnungen bereits sehr hoch sind. Im Kontext des angespannten Wohnungsmarkts kann erwartet werden, dass die langfristige Vermietung von Ferienunterkünften dort auf kleinräumiger Ebene bereits zu steigenden Mieten und Verdrängungsdruck beigetragen hat und weiter beitragen wird. In absoluten Zahlen sind vor allem die Gebiete rund um den Schwedenplatz, den Spittelberg und das Freihausviertel betroffen, mit einer Anzahl von bis zu 100 entzogenen Wohnungen innerhalb von 500m.« Näheres gibt es hier: <http://wherebnb.in/wien>.



Noch **bis zum 3. November** kann eine am Tag der Hamburger Geschichtswerkstätten (8. Oktober) eröffnete Ausstellung über **Das »Brauhaus-Viertel« – Ein Alt-Wandsbeker Quartier im Wandel** besichtigt werden. Zusammengetragen hat das umfangreiche Material und die Fotos die Geschichtswerkstatt Wandsbek. Präsentiert werden die Tafeln im Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (Schlossgarten 9). Die Öffnungszeiten liegen parallel zu den Öffnungszeiten des Hauses, d.h. montags 8 bis 12 Uhr, dienstags 8 bis 16 Uhr, donnerstags 8 bis 18 Uhr und freitags 8 bis 12 Uhr.

Noch **bis zum 5. November** wird an anderem Ort eine schöne Ausstellung zur Stadtgeschichte gezeigt. Das Museum für Hamburgische Geschichte (Holstenwall 24) zeigt **Ansichten einer Stadt um 1900: Alt-Hamburg – Ecke Neustadt**. Eine ausführliche Besprechung (22.9.2017) findet sich hier: www.taz.de/Archiv-Suche/!5446863&s=&SuchRahmen=Print/.

Am **Donnerstag, den 19. Oktober**, geht es beim Naturschutzbund (NABU) um **Emissionen von Schiffen und Hafen – eine unterschätzte Gefahr**. Die Veranstaltung thematisiert die giftigen Absonderungen des Schiffsverkehrs im Hafen und findet um 18.30 Uhr im Ökumenischen Forum HafenCity e.V. (Shanghaiallee 12) statt.



In diesem Jahr trägt das **Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot** seinen Protest am **Freitag, den 20. Oktober**, auf die Straße. Ab 16.30 Uhr wird zu einem **Cold Dinner** auf dem Fischmarkt eingeladen. Mehr als 16.000 Menschen sind wohnungs-, mehr als 2.000 obdachlos, stellt das aus ca. 20 Gruppen, Einrichtungen und Verbänden bestehende Bündnis fest. »Der Hamburger Senat fördert zwar Neubauprogramme, tut aber viel zu wenig für Wohnungslose und arme Menschen in Wohnungsnot.« Das Cold

Dinner macht auf den Start des Winternotprogrammes aufmerksam, es ist nicht »white«, sondern bunter und anders. Gerne Stuhl und Tisch und etwas zum Essen mitbringen.

Der Orkan am 7. Oktober hatte einen ersten Versuch unterbunden, jetzt erfolgt ein erneuter Anlauf, besser: die zweite Anfahrt. Die Initiative Altonaer Manifest/Bürgerwille verbindlich machen lädt ein zur **Fahrraddemo** am **Samstag, den 21. Oktober**, um 14.00 Uhr ab Erzbergerstraße/Ecke Stangestraße. Inhaltlich soll es dabei um diese Forderungen gehen: **»Für echte Bürgerbeteiligung – gegen die Willkür der Senats- und Bezirkspolitik. Für moderate, sozialverträgliche Bebauung – gegen Gentrifizierung und Verdichtungswahn«**. Mehr unter www.altonaer-manifest.de/termine.php#170906-fahrraddemo.



Eine **Sauberkeitskonferenz Hamburg-Mitte** unter dem Titel **Hamburg – gepflegt und grün** veranstaltet die Hamburger Stadtreinigung am **Dienstag, den 24. Oktober**, von 16.00 bis 18.00 Uhr im Bezirksamt (Klosterwall 4). »Grünstreifen, Wegränder und Fahrbahnen sollen wesentlich intensiver und häufiger gereinigt werden als bisher«, verspricht die Stadtreinigung in der Einladung, »unsere Stadt soll überall noch sauberer werden«. Über die erweiterten Zuständigkeiten und die neuen Ziele möchte die Stadtreinigung mit den BürgerInnen ins Gespräch kommen. Eine Anmeldung zu der Diskussion unter veranstaltungen@srhh.de ist vonnöten.



Etwas Besonderes hält die Rosa-Luxemburg-Stiftung von Donnerstag, den **26. Oktober, 19.00 Uhr, bis zum 29. Oktober, 17.00 Uhr**, bereit. Vier Tage lang wird in Berlin aus Anlass des Erscheinens des ersten Bandes des »Kapital« vor 150 Jahren getagt, auf der **10. Marx-Herbstschule** steht der Arbeitsbegriff im Mittelpunkt. Die Abendveranstaltungen, die von etlichen WissenschaftlerInnen aus ganz Europa bestritten werden, können per Livestream verfolgt werden: www.rosalux.de/livestream.

Sonderausschuss zum G20-Gipfel



Transparent während der Gipfelwoche (Michael Joho)

Es wird länger dauern, bis die Taktik des Schwärzens von Akten, des Zurückhaltens von ZeugInnen usw. im Sonderausschuss zu greifbaren Ergebnissen führt. »Keine Eisenstangen, nirgends«, merkte süffisant jedenfalls schon mal die »taz nord« an (10.10.2017), denn bisher konnte die Polizei keinerlei Beweise oder gar Steinplatten, Molotowcocktails oder eben Eisenspeere vorlegen, mit denen die anrückenden Beamten von Häuserdächern am Eingang des Schulterblatts angeblich bedroht worden wären. Dennoch, die Zahl der Artikel und Dokumente aller Art wird in den kommenden Wochen sicherlich noch stark anwachsen. Stellvertretend entscheiden wir uns an dieser Stelle für ein Statement des Stadtteilbeirats Sternschanze vom 28. September. Wir danken für die »Abdruckgenehmigung«.

Erklärung des Stadtteilbeirates Sternschanze zur Nachbetrachtung des G20-Gipfels

Der Stadtteilbeirat sieht momentan gravierende Unterschiede zwischen der Wahrnehmung der Ereignisse im Schanzenviertel durch seine Mitglieder und der Darstellung durch Polizei und Senat. Vereinfachungen des komplexen Geschehens, pauschale Schuldzuweisungen, Aktionismus und eine Heroisierung der Polizei, wie sie unter anderem der Senat derzeit betreibt, führen zu keiner wirklichen Aufarbeitung, sind undemokratisch und – nicht zuletzt durch den Vertrauensverlust in die Polizei – gefährlich.

Im Einzelnen stellt der Stadtteilbeirat fest:

Der Stadtteilbeirat Sternschanze hat in mehreren Sitzungen vor dem G20-Gipfel in Gesprächen mit Vertretern der Politik und der Polizei auf die besondere Gefahrenlage im Schanzenviertel hingewiesen (siehe Protokolle der Sitzungen vom

26.4.2017 und 24.5.2017 unter www.standpunktschanze.de).

Insbesondere wurde auf das höhere Gewaltpotenzial bei möglichen Auseinandersetzungen (auch gegenüber der OSZE-Veranstaltung 2016) aufgrund des internationalen Kontextes des G20-Gipfels hingewiesen. Ebenso wurde dargelegt, dass in den letzten Jahren eine zunehmende Gewaltbereitschaft eher unpolitischer und häufig alkoholisierter Besucher und Schaulustiger bei den im Viertel stattfindenden politischen Auseinandersetzungen wahrgenommen wurde.

Konkret bat der Stadtteilbeirat um deeskalierende Maßnahmen der Polizei vor und während des G20-Gipfels, um das Gewaltpotenzial bereits im Vorwege und auch während des G20-Gipfels möglichst zu reduzieren. Es wurde um möglichst kurze Kommunikationswege zwischen Anwohnern und der Polizei gebeten.

Außerdem wurde besonders auf den nötigen Schutz von Baustellen, Baugerüsten etc. hingewiesen, da das dort liegende Material auch als Wurfmaterial oder für den Barrikadenbau zweckentfremdet werden könnte. Seitens der Politik (Bezirksamtsleiterin Frau Dr. Melzer, Bezirksamtsleiter Herr Droßmann) und der Polizei (Herr Reuter – PK16, Herr Leetz – PK14) wurden die Hinweise aufgenommen. Herr Droßmann versprach, die Hinweise des Stadtteilbeirates gesammelt an die verantwortlichen Stellen weiterzugeben.

In der Rückbetrachtung stellt der Stadtteilbeirat fest, dass

- Vereinbarungen und Aussagen zum Schutz der Anwohner und zum ungehinderten Zutritt der Anwohner in ihr Viertel nicht eingehalten wurden.

- ein Eingreifen der Polizei zum Schutz der Anwohner auch auf telefonischen Notruf hin über mehreren Stunden nicht erfolgte.

- deeskalierende Maßnahmen seitens der Polizei in den Tagen vor dem G20-Gipfel und während des G20-Gipfels nicht wahrgenommen werden konnten.

In Berichten der Anwohner nach dem G20-Gipfel wurde großes Unverständnis darüber geäußert, dass die Polizei keine sichtbaren Versuche unternommen hat, das Schulterblatt am 7.7.2017 abends von den anderen Zugängen aus zu betreten, als der Zugang über den Neuen Pferdemarkt für die Polizei zu riskant erschien.

Aus Sicht der berichtenden Anwohner stellte sich die Lage außerhalb des Straßenabschnittes Schulterblatt zwischen Neuem Pferdemarkt und Susannenstraße nicht so dar, dass ein Eingreifen der Polizei nicht möglich gewesen wäre oder nicht in vergleichbaren Situationen in der Vergangenheit stattgefunden hätte.

Während sich die Polizei am 7.7.2017 gemäß eigener Aussage über mehrere Stunden fürchtete, das Schanzenviertel zu betreten, verhinderten Anwohner durch ihr Eingreifen Schlimmeres.

Der Stadtteilbeirat Sternschanze begrüßt die Gesprächsangebote der Politik und der Polizei, er wünscht sich aber zusätzlich eine unabhängige parteiübergreifende Untersuchung der Vorkommnisse rund um den G20-Gipfel, am Besten in Form eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Gleichzeitig fordert der Stadtteilbeirat, dass – egal, ob in einem Untersuchungsausschuss oder einer anderen Form der Aufarbeitung – wie von der zweiten Bürgermeisterin, Frau Fegebank, versprochen, auch die Anwohner angehört werden. Die Erfahrungen, die die Menschen im Viertel gemacht haben, müssen Teil dieser Aufarbeitung im Sonderausschuss sein.

Auch eine neutrale wissenschaftliche Aufarbeitung der Konflikte, um die Hintergründe der Ausschreitungen zu verstehen

und daraus Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft zu entwickeln, hält der Stadtteilbeirat für wünschenswert.

Der Stadtteilbeirat Sternschanze bemängelt den derzeitigen Umgang mit den geschädigten Anwohnern und Gewerbetreibenden und fordert eine unbürokratische Entschädigung aller Geschädigten. Die Versprechen der Politik bis hoch zur Bundeskanzlerin, dass niemand auf seinen Schäden sitzen bleibt, müssen endlich eingelöst werden.

Der Stadtteilbeirat beobachtet derzeit populistische Tendenzen, aufgrund der Ereignisse beim G20-Gipfel eine Schließung der Roten Flora zu fordern. Die Rote Flora gehört zum Schanzenviertel und hat aus Sicht des Stadtteilbeirates für den Stadtteil einen wichtigen Stellenwert. Die Rote Flora für die gewalttätigen Auseinandersetzungen rund um den G20-Gipfel verantwortlich zu machen, steht aus Sicht des Stadtteilbeirates einem wirklichen Verständnis des Geschehens während des G20-Gipfels entgegen.

Allgemein stellt der Stadtteilbeirat fest, dass – wie auf den Beiratssitzungen als Befürchtung geäußert – vor und während des G20-Gipfels die im Grundgesetz verankerte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative nicht mehr deutlich wahrgenommen werden konnte.

Eine Aufarbeitung eventueller Gesetzesverstöße auch durch Politik und/oder Polizei im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel ist aus Sicht des Stadtteilbeirates genauso unerlässlich wie die Verfolgung von Gesetzesverstößen bei den gewalttätigen Ausschreitungen.

Hamburg, im September 2017,
Die Mitglieder des Stadtteilbeirates Sternschanze
(Posted on 28. September 2017 by ag)



An Polizistinnen hat's während der Gipfelwoche nicht gemangelt! (M. Joho)

Kulturipp: Veneceremos – Wir werden siegen!



Hungerstreikende ChilenInnen, Gewerkschaftshaus, 31.5.1978 (M. Meyborg)

Die schon etwas älteren Semester werden sich an den Aufschrei erinnern, der am 11. September 1973 um die Welt ging. Damals wurde die demokratisch gewählte Volksfront-Regierung unter Salvador Allende durch General Augusto Pinochet in enger Verbindung mit der CIA weggeputscht. Tausende Tote und Verletzte waren die unmittelbare Folge in Chile, gefoltert wurde im Auftrag der Militärjunta in der deutschen »Colonia Dignidad«, Zehntausende wurde in die Emigration getrieben. Ein großer Freiheitstraum wurde damals unter Tränen zerstört, zugleich die Erfahrung bestätigt, dass die Ausbeuter- und Unterdrückerklasse niemals einfach von der Bildfläche verschwindet.

An diese Ereignisse, vor allem auch an die Solidaritätsbewegung der darauf folgenden Jahre, wird jetzt in einer großen Fotoausstellung gedacht. Sie trägt den Titel »Solidarität macht Mut« und veranschaulicht, »Wie Hamburg den Widerstand gegen die Diktatur in Chile stärkte«. Es sind Fotos von Michael Meyborg, der wohl wie kein anderer die Initiativen, Aktionen und Demonstrationen in Hamburg verfolgte und über andert-halb Jahrzehnte dokumentierte. Da geht es um das Chile-Solidaritäts-Komitee (CSK), das am 28. September 1973, d.h. noch vor der Ankunft der ersten Flüchtlinge, gegründet wurde. Außerdem gibt es bewegende Erinnerungen an die Kultur-

gruppe Inti Illimani 1974 und den Solidaritäts-Hungerstreik 1978, mit dem die Streikenden Auskünfte über den Verbleib und das Befinden von 2.500 politischen Gefangenen erreichen wollten. Die Besetzung eines U-Boots auf der Kieler Howaldtswerft 1982 ist angesichts der Bilder wieder präsent, damals sollte dessen Auslieferung an die chilenischen Faschisten verhindert werden. Angel Parra, die zweite bekannte Musikgruppe Quilapayún, die Kinderhilfe Chile, die Einbenennung des Salvador-Allende-Platzes 1983, die Besetzung des chilenischen Konsulats 1986, Helmut Frenz ... alles belebt die Erinnerung.

Zum Gesamteindruck tragen nicht nur Michael Meyborgs Fotos bei, zu sehen sind auch diverse Plakate, ebenfalls bedeutende Zeitdokumente einer großen Bewegung in den 1970er/80er Jahren. Eröffnet wird die »Ausstellung zur antifaschistischen Solidarität (Hamburg 1973-1990)« am Donnerstag, den 2. November, um 18.30 Uhr im Chilehaus, Eingang B (Fischertwiete 1). Zu sehen sind die Fotos und Plakate bis zum 8. Dezember. Sie bieten die Gelegenheit, alte Weggefährten wiederzutreffen und der jüngeren Generation ein Bild von der großen internationalen Solidarität der damaligen Zeit zu vermitteln. Nicht zuletzt mittels einer fotoreichen, 44seitigen Broschüre.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.